



Spanien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Mit Beginn des neuen Jahres hat Spanien den EU-Ratsvorsitz übernommen. Die Spanier haben den Auftrag, den Vertrag von Lissabon umzusetzen und den Übergang in eine neue europäische Ära zu begleiten. Gemeinsam mit dem neuen ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, teilt sich erstmals der spanische Premierminister Zapatero das europäische Rampenlicht nach Einführung des Reformvertrags. Neben der Umsetzung des Vertrags von Lissabon, wollen die Spanier neue Impulse für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt setzen. Dabei soll die Bekämpfung der Wirtschaftskrise im Fokus der Ratspräsidentschaft stehen. Ferber unterstrich die neuen Herausforderungen, die der Reformvertrag zur Erreichung dieser Ziele mit sich bringt: „Es ist vor allem wichtig, dass es zu einer konstruktiven Kooperation zwischen dem spanischen Präsidenten und dem neuen ständigen EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy kommt.“

Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder

Von den 26 designierten Kommissionskandidaten mussten sich in Straßburg noch vier den Fragen der Abgeordneten

des Europäischen Parlaments stellen. Einige Kommissare mussten wegen Defiziten in Fachfragen noch „nachsitzen“. Bereits zu Beginn der Sitzungswoche in Straßburg erklärte Rumiana Jeleva, Bulgariens Kommissarsanwärterin für Internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe, dass Sie ihre Kandidatur zurückzieht. Ursprünglich war geplant, dass das Europäische Parlament am 26. Januar in Brüssel über die zweite Kommission unter dem Präsidenten Barroso abstimmt, nun verschiebt sich die Wahl auf die Februar-Sitzung in Straßburg. Bei seiner Anhörung in der vergangenen Woche in Brüssel hat sich Günther Oettinger als deutscher Kommissar-Kandidat sehr gut präsentiert. „Herr Oettinger hat nicht nur bei seinen eigenen Parteifreunden aufgrund seines guten Fachwissens und seines souveränen Auftretens vor dem Parlament überzeugt“, unterstrich Ferber nach der Anhörung des Energiekommissars.

Soforthilfe für Haiti

„Nach dem verheerenden Erdbeben auf Haiti besteht für die EU die dringende Verpflichtung, weiteres Leid der Menschen zu verhindern“, so Ferber. Die Entwicklungsminister hatten am Montag in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, 122 Millionen Euro an humanitärer Hilfe und 100

Millionen Euro nicht-humanitäre Hilfen für Haiti zu leisten. Die finanzielle Hilfe aus EU-Programmen für den langfristigen Wiederaufbau wird sich auf 200 Millionen Euro belaufen. Damit hat die Europäische Union schnellstmöglich reagiert und sich nicht lange mit bürokratischen Hürden aufgehalten. Angesichts der katastrophalen Zerstörung ist eine langfristige Unterstützung beim Wiederaufbau Haitis seitens der EU dringend notwendig.

Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

Der Europäische Bürgerbeauftragte hat die Aufgabe, von jedem Bürger der Union, Unternehmen oder Organisationen mit Wohnort oder satzungsmäßigem Sitz in einem Mitgliedstaat Beschwerden entgegenzunehmen und zu untersuchen. Jedes Jahr unterbreitet er dem Europäischen Parlament einen Bericht über seine gesamte Arbeit. Der Grieche Nikiforos Diamandouros bekleidet seit 2003 das Amt des Bürgerbeauftragten und wurde jetzt vom Parlament für weitere 5 Jahre gewählt. „Herrn Diamandouros kann in seinem Amt auf seine langjährige Erfahrung zurückgreifen und ist erneut für alle Bürger ein Gewinn“, sagte Ferber.